

Firma Ritter für Mittelstandspreise nominiert

Weißenhorn Große Ehre für die Firma Ritter Verpackungen aus Weißenhorn: Der Anbieter von Verpackungslösungen für Bäckereien, Metzgereien und Industriebetriebe ist für den „Innovationspreis des bayerischen Mittelstandes“ und für den „Großen Preis des Mittelstandes“ der Oskar-Patzelt-Stiftung nominiert worden. Ausschlaggebend dafür war nach Angaben des Firmeninhabers Andreas Ritter ein Besuch von FDP-Politikern.

Am 21. September hielt Ritter wie berichtet in seiner Firma einen Vortrag über die aktuelle Situation im Verpackungsbereich und die geplante Abschaffung der Kunststofftüte. Zu dem Termin waren auch die FDP-Bundestagsabgeordneten Stephan Thomae und Britta Dassler sowie Vertreter des liberalen Mittelstandes und des Kreistages gekommen. Der FDP-Kreisvorsitzende Michael Zimmermann war so angehen von dem Firmenbesuch, dass er das Unternehmen für den „Gipfelmut“-Innovationspreis vorschlug, den der Verein Liberaler Mittelstand Bayern als Anerkennung für den Unternehmertum mittelständischer Betriebe vergibt.

Stephan Thomae wiederum lud Ritter im November zu einem Fraktionsempfang der FDP für Wirtschaftsvertreter nach Berlin ein. Dort kam Ritter auch mit führenden Politikern der Fraktion wie Wolfgang Kubicki und dem Parteivorsitzenden Christian Lindner sowie mit dem Ulmer Abgeordneten Alexander Kulitz ins Gespräch. Daraufhin nominierte Thomae die Firma Ritter Verpackungen zum „Großen Preis des Mittelstandes“, den die Oskar-Patzelt-Stiftung seit 2003 jährlich bundesweit ausschreibt. In seiner Begründung schreibt der Abgeordnete aus Kempten: Ritter sei nicht nur ein Lieferant, sondern ein Dienstleister mit innovativen Ideen rund ums Verpacken. Und: „Der Umwelt zuliebe richtet sich sein Augenmerk auf ökologisch nachhaltige und umweltbewusste Materialien in einem mehr als sensiblen und hochaktuellen Thema.“ (jsn)

Kurz gemeldet

WEISSENHORN

Adventliches Gebet mit Harfe

In der Weißenhornener Heilig-Geist-Kirche findet heute Abend um 20.30 Uhr wieder ein musikalisches Nachgebet statt, an dem alle Interessierten teilnehmen können. Diesmal wird es adventlich gestaltet von einer jugendlichen Harfenistin und einem jungen Gitarristen aus der Weißenhornener Pfarrei. (az)



Auf diesem Areal am südwestlichen Ortsrand von Holzheim soll ein neues Wohngebiet ausgewiesen werden. Das Gelände befindet sich in der Nähe der Leibi. Foto: Willi Baur

Holzheim plant neues Wohngebiet

Immobilien Auf dem Areal am südwestlichen Ortsrand sollen zwölf Bauplätze entstehen. Der Gemeinderat wählt ein beschleunigtes Verfahren

VON WILLI BAUR

Holzheim Am südwestlichen Ortsrand von Holzheim soll unweit der Leibi ein neues Wohngebiet ausgewiesen werden. Den dazu erforderlichen Bebauungsplan will die Kommune im sogenannten beschleunigten Verfahren aufstellen. Das hat der Gemeinderat in seiner jüngsten Sitzung einstimmig und ohne Diskussion beschlossen.

Der gewählte Weg ermögliche einen Bebauungsplan zur Einbeziehung von Außenbereichsgrundstücken ohne Umweltprüfung und ohne Bereitstellung von Ausgleichsflächen, hatte Bauamtsleiter Alexander Gehr dem Gremium eingangs erläutert. Voraussetzung sei aber, dass die ausgewiesene Grundfläche 10 000 Quadratmeter nicht überschreite.

Im vorliegenden Fall umfasse das im Flächennutzungsplan als private

Grünfläche ausgewiesene Areal zwar insgesamt rund 9700 Quadratmeter, bezogen auf das geplante Maß der baulichen Nutzung ergebe sich jedoch nur eine Grundfläche von rund 3900 Quadratmetern, sagte Gehr. Allerdings sei der Fachbegriff „beschleunigtes Verfahren“ hier auch wörtlich zu nehmen: „Der

Grundstücke zwischen 460 und 900 Quadratmetern

Aufstellungsbeschluss muss noch in diesem Jahr erfolgen.“ Andernfalls sei diese Möglichkeit der gesetzlichen Befristung wegen nicht mehr zulässig. Für die Entwicklung des Bebauungsplanes selbst indes bleibt Gehr zufolge noch Zeit bis zum Jahresende 2021.

Bürgermeisterin Ursula Brauchle hatte einleitend nachdrücklich für die Planung geworben, die nach ih-

ren Angaben zwölf Bauplätze unterschiedlicher Größenordnung vorsieht. Die Rede war von Baugrundstücken mit 460 bis ungefähr 900 Quadratmetern. Einige davon wollen wohl die Eigentümer für sich oder ihre Kinder zurückhalten. Sie seien jedenfalls an der Realisierung des Vorhabens ausnahmslos interessiert, sagte Brauchle und ergänzte: „In die Detailplanung werden wir im Januar oder Februar einsteigen.“

Allerdings könnte sich die Erschließung „recht komplex“ gestalten, fügte Brauchle hinzu, bezogen vor allem auf den Anschluss des Baugebiets an das Kanalnetz. Die Verkehrsanbindung sei über den Leibiweg und zwei Stichstraßen möglich. Eine Diskussion über das Projekt wollte das Gremium nicht. Martin Volk (SPD/UWH) sah dafür keine Notwendigkeit: „Wir haben das im Bauausschuss doch schon eingehend beraten.“

Heimatmuseum: Erhebliche Mängel an Bausubstanz

Altstadt Gutachter stellen die Ergebnisse ihrer Untersuchungen vor. Für die Sanierung erhält Weißenhorn Zuschüsse in Millionenhöhe

VON JENS NOLL

Weißenhorn Das Ergebnis der Untersuchung lässt sich aus Sicht von Herbert Richter nur mit einem Wort zusammenfassen: ernüchternd. Auf Anregung des SPD-Fraktionsvorsitzenden haben die Gutachter Jan Schubert und Karl G. Schütz am Montagabend im Weißenhorn Stadtrat eine statische Beurteilung zum Gebäudeensemble abgegeben, in dem das Heimatmuseum untergebracht ist. Die Einrichtung soll bekanntlich erweitert und der Komplex saniert werden. Doch das Fazit der Ingenieure lautet: Museumsgebäude, Oberes Tor und Altes Rathaus weisen erhebliche Schäden auf.

In Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege hat das Fachbüro Dr. Schütz Ingenieure aus Kempten die Räume begutachtet und die Mängel dokumentiert. Schubert zufolge wurden im Gebäude des Heimatmuseums (1534 errichtet) erhebliche Fäulnissschäden an maßgeblichen Bauteilen des Dachstuhls festgestellt. Ein „teilweise erschreckendes“ Bild habe sich an tragenden Deckenbalken geboten. Die Ingenieure berechneten eine maximal zulässige Nutzlast für die Decke von 100 Kilogramm pro Quadratmeter. Das sei weit entfernt von der Norm für die Museumsnutzung. Die liege bei 500 Kilogramm pro Quadratmeter, sagte Schubert.

Noch einmal deutlich älter als das Museumsgebäude ist das Obere Tor (erbaut etwa 1470 bis 1480). Auch dort gebe es erhebliche Fäulnissschäden am Turmdach, darüber hinaus starke Deckendurchbiegungen, berichtete Schubert. Die Belastbarkeit sei momentan von einer Museums-

nutzung weit entfernt. Statische Schäden gebe es auch am Wehrgang, zudem Mängel an der Durchfahrt.

Auch das Alte Rathaus ist in seinem jetzigen Zustand wegen Fäulnissschäden und weiteren Mängeln aus Sicht des Ingenieurbüros für die vorgesehene Museumsnutzung nur eingeschränkt geeignet. Altersbedingt weise das Gebäude aber weniger Schäden auf als die anderen Teile des Ensembles, sagte Schubert. Das Alte Rathaus wurde 1761 unter Verwendung bestehender Wände und Gewölbe eines Vorgängerbaus von 1576 über die ehemalige Stadtmauer gebaut. In der Dringlichkeitsliste bei der Sanierung platzierten die Gutachten diesen Teil an die dritte Stelle, das Obere Tor steht auf Platz 1 vor dem Heimatmuseum.

Mit dem Gutachten wird nun noch deutlicher, was für ein Kraftakt die vorgesehene Sanierung und Erweiterung des Weißenhorners Heimatmuseums ist. Im städtischen Bauprogramm für 2020 werden die geschätzten Kosten mit 10,7 Millionen Euro angegeben. So sagte auch Bürgermeister Wolfgang Fendt nach der Präsentation der Ingenieure: „Es ist heftig, was auf uns zukommt.“ Aber deshalb bekomme die Stadt auch eine hohe Förderung. „Wir haben Zusagen über sechs Millionen Euro für die Sanierung“, sagte Fendt. Allein 5,1 Millionen kommen wie berichtet von der Bayerischen Städtebauförderung.

Stadtverwaltung und Stadträte ließen sich durch die statische Beurteilung der beratenden Ingenieure jedenfalls nicht entmutigen. Fendt betonte: „Wer die Geschichte seiner Stadt ernst nimmt, der weiß: Hier muss was passieren.“ Dem widersprach niemand im Gremium.



Die geplante Sanierung des Gebäudeensembles mit Altem Rathaus, Oberem Tor und Heimatmuseum wird sehr viel Geld kosten. Archivfoto: Roland Furthmair

Innehalten im Vorweihnachtsstress

Konzert Chorgemeinschaft Grafertshofen regt zum Nachdenken an

Grafertshofen Alle Jahre wieder überlagert eine unfestliche Mischung aus Hektik, Kommerz und Stress die doch eigentlich besinnliche Vorweihnachtszeit. Zum Innehalten haben am Sonntagmittag die Gedanken zu Beginn des Adventskonzerts der Chorgemeinschaft „Liederlust“ in der Grafertshofer Pfarrkirche eingeladen: Wo ist denn eigentlich die kindliche Freude geblieben im Dunstkreis der Rabattschlachten und Werbetrommeln? Zumindest im Dämmerlicht des barocken Glanzes von St. Cyriakus konnten die zahlreichen Besucher ein wenig aus dem Alltag entfliehen, in eine Welt der Friedfertigkeit und Harmonie.

Unter der Leitung von Matthias van Velsen, der auch am Piano die Chöre begleitete, bekam der Zuhörer einen Querschnitt musikalischer Genüsse von Mendelssohn und Mozart bis hin zur Moderne präsentiert. Einlagen in Form von Geschichten zum Nachdenken vermittelten einen Zugang zur Besinnlichkeit. Die Erzählung „Mit Gott im

Park“ wies darauf hin, auf was es wirklich ankommt: Liebe und Menschlichkeit.

Gestaltet wurde das Konzert aber nicht nur von den Mitgliedern der Chorgemeinschaft „Liederlust“, sondern auch vom jungen Cellisten Cosmas Penschke, dem Klarinettentrio Bubenhausen sowie der Veeh-Harfen-Gruppe Bubenhausen. Diese Instrumente von der Größe eines Küchentablets können unter Zuhilfenahme eines Unterlegnotenblattes gespielt werden.

Die Spenden, welche bei dem Konzert eingenommen wurden, werden heuer in das Projekt Schwarz-Weiß einfließen. Deren Gründerin und Trägerin des Bundesverdienstkreuzes Gudrun Dürr engagiert sich mit ihrem Verein seit Jahrzehnten für Kinder und Jugendliche in Kenia (wir berichteten). Denn Mitmenschlichkeit kann in jedem sein, wie die kurzen Geschichten lehrten. Vielleicht vor allem und trotz des Trubels gerade zur Weihnachtszeit. (rman)



Matthias van Velsen am Piano (vorne links) und Cosmas Penschke am Cello wirkten am Programm des Konzerts der Chorgemeinschaft Grafertshofen mit. Foto: Manhalter

Kindergarten-Essen wird teurer

Ernährung Eltern in Holzheim zahlten lange einen zu niedrigen Preis

Holzheim Die in der Kindertagesstätte Pustelblume angebotene Mittagverpflegung wird von März 2020 an teurer. Der Preis pro Essen steigt dann von bislang drei auf 4,45 Euro und soll künftig nicht mehr einzeln, sondern nur noch mit einer monatlichen Pauschale abgerechnet werden. So hat es der Holzheimer

Qualitativ hochwertig und gesund soll es sein

Gemeinderat in seiner jüngsten Sitzung einstimmig beschlossen.

Hintergrund ist nach Angaben von Bürgermeisterin Ursula Brauchle eine erhebliche Unterdeckung vor allem bei den Personalkosten. Demgegenüber sei der Aufwand für den Wareneinkauf sowie Betriebs- und Investitionskosten vergleichsweise gering. Die Zahlen waren nach Aussage von Hauptamtsleiterin Kerstin Lutz im Rahmen eines mehrwöchigen sogenannten Coachings ermittelt worden. Ziel dabei sei zwar vorrangig die

Entwicklung eines Speiseplanes mit qualitativ hochwertigem und gesundem Essen in Verbindung mit standardisierten und kostengünstigen Vorbereitungen gewesen, ergänzte Lutz. Zugleich sei aber auch der daraus resultierende Aufwand exakter kalkuliert worden.

Das Ergebnis lautet: „Mit der aktuellen Gebühr und einer wie bisher bestellgenauen Abrechnung erreichen wir nur eine Kostendeckung von 48 Prozent bezogen auf den Gesamtaufwand.“ Dies sei auf Dauer nicht vertretbar, befand die Bürgermeisterin. Denn das Schul- und Kindergartenkindern gleichermaßen zugängliche Mittagessen sei keine Kernaufgabe der Gemeinde. So führte Brauchle weiter aus: „Das ist eine Serviceleistung, die weitgehend von den Eltern finanziert werden muss.“ Sie ersparten sich damit auch einen gewissen Aufwand.

Kinder aus sozial schwächeren Familien müssten in diesem Zusammenhang bei der Gebührenhöhe nicht gesondert behandelt werden, sagte Hauptamtsleiterin Lutz auf

Nachfrage von Martin Volk (SPD/UWH). „Ihnen werden die Kosten vom Amt erstattet.“ Auch die monatliche Pauschalierung befürwortete das Gremium. Diese hatte Lutz neben einem deutlich reduzierten Verwaltungsaufwand bei der Abrechnung auch mit dem Personaleinsatz unabhängig von der Anzahl

Hauptamtsleiterin legt Berechnungsmodelle vor

der tatsächlich bestellten Essen begründet. „Was bestellt wird, muss überall auch bezahlt werden“, sagte Caroline Nähring (CSU/DG).

Unter mehreren von Lutz vorgelegten Berechnungsmodellen sprach sich das Gremium schließlich dafür aus, in den Essenspreis 80 Prozent der Personalkosten einzubeziehen. „Die Erhöhung ist vielleicht schmerzhaft“, räumte die Bürgermeisterin ein, andererseits hätten die Eltern in der Vergangenheit vom zu niedrigen Preis nicht unerheblich profitiert. (pth)